

US-Präsident Clinton in Südasiens

- Außenpolitischer Paradigmenwechsel der USA -

von Bernd Basting

US-Präsident Clinton hat im März Südasiens besucht. Die Reise führte ihn in die drei größten Staaten des Subkontinents: Für einen Tag nach Bangladesch (20. März), für vier Tage nach Indien (21. - 24. März) und für vier Stunden nach Pakistan (25. März). Die Visite des Regierungschefs der global einzig verbliebenen Supermacht wirft Fragen nach den Intentionen, Inhalten und Konsequenzen derselben auf, auf die im folgenden Antworten gesucht werden sollen: Welche sind die substantiellen Ergebnisse der Reise? Vollziehen die USA - der bisherige Hauptverbündete Pakistans in der Region - damit einen Paradigmenwechsel in ihrer Außenpolitik gegenüber Südasiens oder eher eine Kontinuität? Welche Folgen ergeben sich daraus für die besuchten Länder? Wie sieht vor diesem Hintergrund die sicherheitspolitische und ökonomische Zukunft des Subkontinents aus?

Clinton in Bangladesch

Am 20. März reiste Bill Clinton nach Dhaka. Damit war er der erste amerikanische Präsident, der das arme Land im nordöstlichen Südasiens, mit seinen 128 Millionen Einwohnern und dem kärglichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 289 Dollar, beehrte.

Außer der bengalischen Kapitale hatte das Programm zunächst noch einen Abstecher in den Ort "Joypura" ("Dorf der Freude") vorgesehen, um den hohen Gast mit dem Landleben vertraut zu machen, in Gestalt der Vorführung eines Musterdorfes, welches den Sprung aus der Armut in relative Wohlhabenheit geschafft hat. Doch aus Sicherheitsgründen verzichtete man kurzfristig darauf.

Elf Stunden verbrachte der Mann aus Washington dann in der Hauptstadt, während derer er politische und wirtschaftsorientierte Gespräche führte. Seine Gesprächspartner fand er u.a. im Präsidenten Bangladeschs, Shahabuddin Ahmed, und in Premierministerin Sheik Hasina.

Entwicklungshilfegelder in Höhe von 140 Millionen Dollar brachte Clinton als Präsent mit. Neben traditionellen Bereichen wie Nahrungsmittelhilfe (97 Millionen Dollar), Verbesserung der Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur und des Primarschulwesens, sollen damit auch Programme gegen Kinderarbeit (8,6 Millionen) und zur Energiegewinnung bzw.-einsparung finanziert werden. Für letzteres wurde eine regionale Kooperation mit Indien und Nepal vorgeschlagen, für die 84 Millionen Dollar von amerikanischer Regierungsseite in Aussicht gestellt werden.

Im Zentrum der Wirtschaftsgespräche

zwischen Clinton und Hasina stand ebenfalls der Energiesektor. Der US-Präsident ermutigte seine Gesprächspartnerin dazu, den freien Verkauf der natürlichen Erdgasreserven ihres Landes zuzulassen, die von internationalen, nicht zuletzt amerikanischen, Ölgesellschaften nachgefragt werden. So sind US-Firmen bereits heute stark an der Exploration und Förderung der Erdgasreserven beteiligt, im Volumen von geschätzten 11 bis 60 Millionen Kubikfuß. Analog dazu haben sich die Investitionen aus den USA in dieser Branche in den zurückliegenden vier Jahren deutlich erhöht: von 20 auf 700 Millionen Dollar. Sheik Ha-



Clinton in Bangladesch. Er wird empfangen von der Premierministerin Sheikh Hasina
(Foto: Mohammed Jaffer)

sina indes ließ in einer öffentlichen Verlautbarung wissen, daß die Energieressourcen ihres Landes erst dann für den freien Export zur Verfügung gestellt würden, "nachdem die eigenen nationalen Energiebedürfnisse voll erfüllt und die Gasversorgung künftiger Generationen für einen Zeitraum von 50 Jahren gesichert seien." Damit bekräftigte sie ihre frühere Haltung.

Hasina ihrerseits suchte ihrem Gesprächspartner eine Versicherung abzurufen, die Einfuhr von Textilprodukten aus Bangladesch auf dem amerikanischen Markt zu steigern. Dies vor dem Hintergrund von Befürchtungen in Dhaka, Bangladesch drohe seinen Marktanteil in den USA mehrheitlich zugunsten Indiens und Chinas zu verlieren, wenn die bisher gültige US-Quotenregelung nach dem Jahr 2004 ausläuft. Aber Washington machte hier keine verbindlichen Zusagen.

Die Bewohner des Dorfes Joypura kamen dann doch noch in den Genuß einer direkten Begegnung mit "Mr. Präsident"; sie waren nämlich mit dem Bus in die US-Botschaft nach Dhaka gekarrt worden, wo Clinton eine Ansprache an sie hielt und ihnen Hoffnung machte, den amerikanischen Traum des sozialen Aufstiegs vom Tellerwäscher zum Millionär auch in ihrem Lebensumfeld verwirklichen zu können: "Viele von Euch hatten bereits eine Menge Hindernisse in ihrem Leben zu überwinden. Aber ihr habt mich in meiner Überzeugung bestätigt, daß niemand behaupten darf, Armut sei ein unabänderliches Schicksal, und Menschen hätten arm zu bleiben. Man kann und muß sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und es positiv verändern!"

Clinton in Indien

Der viertägige Staatsbesuch Clintons in Indien, vom 21. bis 24. März 2000, brachte zum ersten Mal seit 22 Jahren wieder einen amerikanischen Präsidenten in das Land Gandhis. Die Stationen der Visite waren Delhi, Agra, Jaipur, Hyderabad und Mumbai (Bombay).

Die Inhalte der Gespräche und getroffenen Vereinbarungen zwischen Delhi und Washington kreisten um außen- und sicherheitspolitische sowie um wirtschaftspolitische Themen. Begleitet wurde der US-Präsident u.a. von seiner Tochter Chelsea, von Außenministerin Madeleine Albright, Sicherheitsberater Sandy Berger und Handelsminister William Daley.

Zunächst machte Clinton der Totengedenkstätte für Mahatma Gandhi, dem Raj Ghat, seine Aufwartung. Während des danach abgehaltenen offiziellen Banketts im Präsidentenpalast 'Rashtrapati

Bhavan' hielt Staatspräsident Narayanan die Begrüßungsrede an den Gast. Er beschränkte sich nicht auf Ehrbezeugungen, sondern überraschte mit unverblümt-kritischen Mahnungen an die Adresse der USA, deren Weltpolizisten-Rolle er damit zurückwies: "Globalisierung bedeutet nicht das Ende der Geschichte und Geographie und der erfreulichen Vielfalt in der Welt. Eine vielbeschworene global orientierte Weltpolitik und Weltregierung - 'global governance' - sollte diese Vielfalt berücksichtigen... Das globale Dorf sollte in unserem Zeitalter der Demokratie nicht von einem einzelnen "Dorfchef", sondern von einem "Dorfrat", einem "village panchayat", geführt werden. Die einzige Institution in der Welt, die das leisten kann, sind die 'Vereinten Nationen', in einer demokratisierten und reformierten Struktur".

Nach wie vor favorisiert Narayanan das traditionelle außenpolitische Konzept der Blockfreiheit, wie es seit Nehru von Indien bis dato über Dekaden propagiert worden ist: "Wir glauben, Herr Präsident, daß in der heutigen Zeit nach dem Kalten Krieg das Prinzip der Blockfreiheit in einer pluralistischen Weltordnung mehr Gültigkeit hat, als eine Politik von Militärblöcken und Bündnissen."

Der inhaltliche Nukleus des ersten Besuchstages war indes bestimmt von der Deklaration eines sogenannten 'vision statement', welches dem lange vernachlässigten bilateralen Verhältnis zwischen den, so Albright, "beiden größten Demokratien der Welt" einen institutionellen Rahmen und konkrete Zukunftsperspektiven generieren soll, wodurch die Verwirklichung einer "qualitativ neuen Beziehung" intendiert wird. Auf der Grundlage gemeinsam anerkannter demokratischer Freiheiten werden in dieser Erklärung als wichtigste Orientierungspunkte "Globalisierung", "Sicherheit" und "Wohlfahrt" akzentuiert. Man strebt an, die bisherige "Richtungslosigkeit" in den indo-amerikanischen Beziehungen durch eine "umfassende Architektur" von bilateralen Instrumenten zu substituieren. Weitere wichtige Ziele sind der Ausbau der ökonomischen Kooperation und die Realisierung einer "strategischen Stabilität in Asien".

Zwar bekennt man sich zu einer "komplementären Verantwortung für regionale und internationale Sicherheit", konzidiert sich aber gegenseitig, daß die Spannungen und Konflikte in Südasiens einzig durch die betroffenen Staaten selbst gelöst werden sollen.

Im Hinblick auf die neu erworbene - in Washington skeptisch beurteilte und mit Wirtschaftssanktionen bedachte - Nuklearschlagfähigkeit Indiens formuliert das 'vision statement': "Indien und die Vereinigten Staaten verpflichten sich, Nuklearwaffen zu reduzieren und

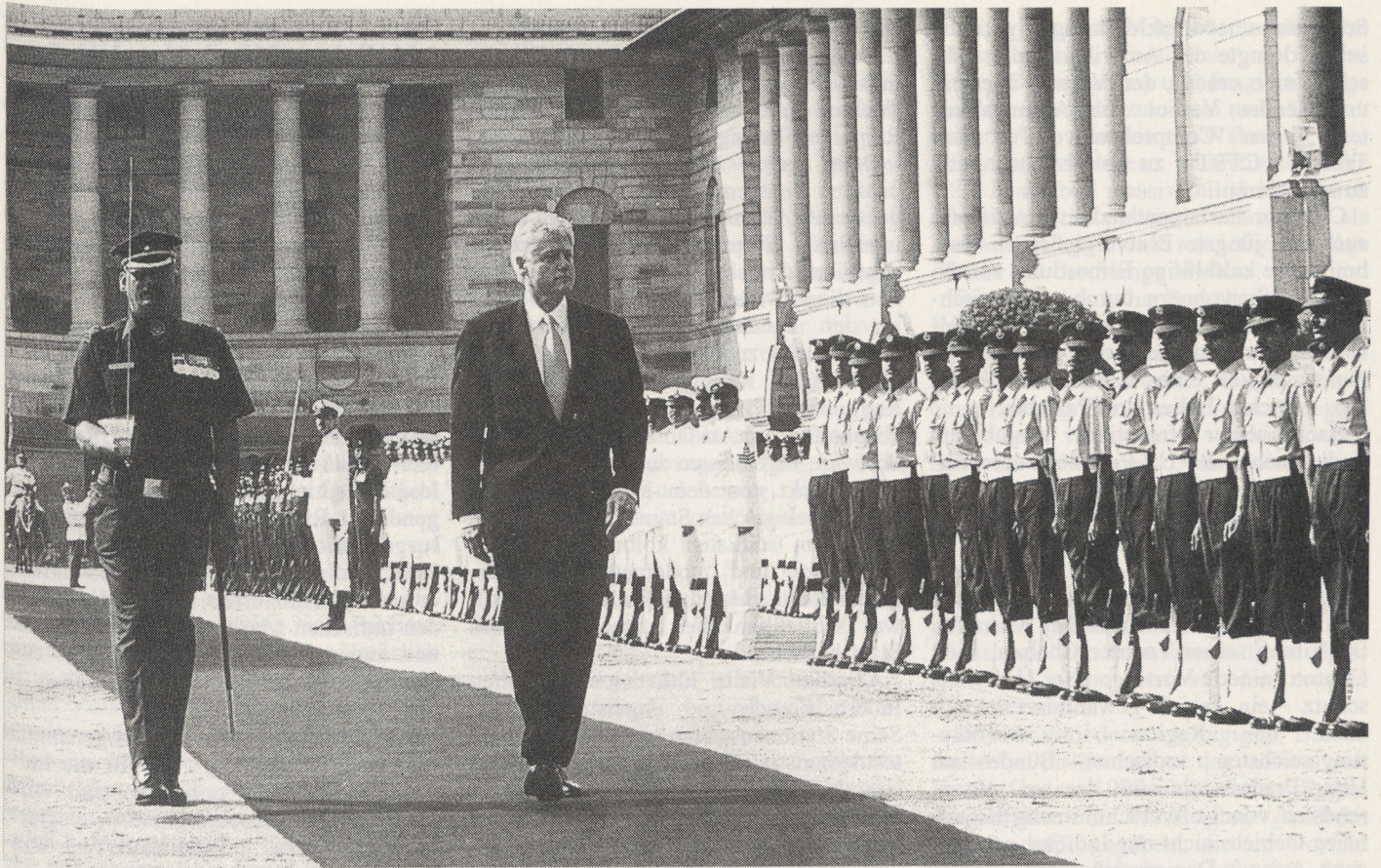
am Ende ganz zu eliminieren, aber wir haben noch keine völlige Übereinstimmung in der Frage erzielt, wie dieses gemeinsame Ziel zu erreichen sei. Die Vereinigten Staaten sind der Meinung, Indien solle ganz auf Nuklearwaffen verzichten. Indien hingegen glaubt zur Wahrung seiner nationalen Sicherheitsinteressen ein glaubwürdiges minimales nukleares Abschreckungspotential behalten zu müssen. Nichtsdestotrotz sind Indien und die USA bereit zusammenzuarbeiten, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Darüberhinaus sehen sich beide Staaten an ihre Vereinbarung gebunden, auf weitere Atombombentests zu verzichten sowie Anstrengungen zu unternehmen, auf dem Verhandlungsweg den Abschluß eines internationalen Vertrages herbeizuführen, der die Produktion spaltbarer Materialien für Atomwaffen beendet und die internationalen Kontrollen hinsichtlich des Exports nuklearer Materialien und Technologien zu verstärken."

Die gemeinsame Perspektiv-Erklärung definiert auch eine künftige indo-amerikanische "strategische Partnerschaft", über die Nuklearfrage hinaus: "Im neuen Jahrhundert werden Indien und die Vereinigten Staaten Friedenspartner sein, mit einem gemeinsamen Interesse an und gegenseitiger Verantwortung für die Bewahrung regionaler und internationaler Sicherheit. Wir werden uns dabei in Form regelmäßiger Konsultationen engagieren, miteinander und mit anderen zusammenarbeiten, um eine strategische Stabilität in Asien und darüberhinaus zu verwirklichen."

Der solcherart intendierte "institutionalisierte Dialog" sieht regelmäßige Treffen zwischen Indien und den USA auf diversen politisch-personellen Ebenen und Politikfeldern vor: So stehen auf der Agenda regelmäßige Gipfeltreffen der Regierungschefs. Indiens Premierminister Vajpayee wird noch in diesem Jahr, im September, zu einem Gegenbesuch Richtung Washington aufbrechen. Die Außenminister beider Staaten finden sich künftig einmal jährlich zusammen, die Außenstaatssekretäre sogar zweimal; während erstere vornehmlich rein außenpolitische Topoi erörtern werden, sollen letztere den Dialog prolongieren über Fragen der Sicherheit und Non-Proliferation von Atomwaffen.

Die bisherigen Verhandlungsrunden - zehn an der Zahl - zu diesem Thema, zwischen Indiens Außenminister Jaswant Singh und dem amerikanischen Außenstaatssekretär Strobe Talbott werden zunächst um zwei weitere fortgesetzt.

Weiterhin tagen und als periodisches Gremium noch gestärkt werden soll auch die schon im Februar initiierte indo-amerikanische Arbeitsgruppe zur



Staatsempfang für den amerikanischen Präsidenten in Indien (Foto: Anu Pushkarna)

tiges Massaker an 36 Angehörigen der Sikh-Minorität in Kashmir am 20. März - also am Vorabend des Clinton-Besuches - hatte den Akteuren die Notwendigkeit dafür plastisch ins Bewußtsein gedrängt. In den Augen der indischen Administration bestätigt die absichtsvoll zu eben diesem Zeitpunkt verübte Mordtat ihre Annahme einer systematischen pakistanischen Strategie der "ethnischen Säuberungen" in Kashmir, im Namen des islamischen Jihad.

Eine andere wichtige Säule der neu zu gestaltenden Beziehungen zwischen Delhi und Washington soll die Intensivierung der ökonomischen Kooperation sein.

Hier sieht das 'vision statement' die Formierung ministerieller Kommissionen zu Wirtschafts-, Finanz- und Handelsfragen vor. Zudem planen die beiden Handelsminister gemischte Ausschüsse mit Industrievertretern einzuberufen. Weitere bilaterale Foren befassen sich mit den Bereichen Energie und Umwelt sowie mit der Förderung gemeinsamer Forschung, Entwicklung und von Technologieaustausch. Die Gremien sollen fungieren als ein "Ort gegenseitiger Konsultationen zu einem weiten Feld handelsbezogener Themen, inklusive solcher, die WTO-relevant sind".

Daneben verständigten sich die Handelsminister beider Staaten, Murasoli Maran und William Daley, darauf, daß

Indien die Freiheit erhält, nach seinem Gusto höhere Zölle auf eine Reihe von Importgütern erheben zu können. Demgegenüber appellierte Daley an die Konzessionsbereitschaft Indiens in puncto der amerikanischen Initiative, eine neue Runde der Welthandelsorganisation WTO zu eröffnen. Der Handelsvereinbarung ging ein Abkommen zwischen Delhi und Washington vom Dezember 1999 voraus, durch das sich Indien verpflichtet, bis April 2001 Importrestriktionen für 1429 Güter (vornehmlich Agrar- bzw. kleinindustrielle Produkte) zu suspendieren.

Ende Januar 2000 hatte die indische Regierung zudem beschlossen, ausländischen Kapitalträgern zu erlauben, ihren Unternehmensanteil in Indien potentiell auf 100 Prozent zu erhöhen sowie den einheimischen Versicherungssektor für ausländische Wirtschaftsakteure zu öffnen.

Die Gipfelgespräche zwischen Vajpayee und Clinton wurden ergänzt durch den Dialog der beiden Außenminister, Jaswant Singh und Madeleine Albright, zu außen- und sicherheitspolitischen Themen.

Albright, deren Vater Josef Korbel kurioserweise bereits als UN-Diplomat in den fünfziger Jahren mit der Kashmir-Frage befaßt gewesen war, wies dabei unmißverständlich auf die Unverletzlichkeit der Waffenstillstandslinie 'Line of

Control' (die den pakistanischen vom indischen Teil Kashmirs trennt) hin und wiederholte ihre eine Woche zuvor schon öffentlich proklamierte Position, wonach "Nationen ihre Grenzen oder Besatzungszonen nicht durch Gewalt verändern dürfen" - eine späte, aber vehemente Replik auf die pakistanische Kargil-Aggression des vergangenen Jahres.

Die Sicherheitsberater Mishra und Berger kamen ebenfalls am ersten Besuchstag zu einer separaten Sitzung zusammen. Sie vereinbarten einen institutionalisierten Austausch über die avisierte "strategische Stabilität" in Asien und über effektive Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung.

Am Mittwoch, den 23.3., dem zweiten Besuchstag, sprach Bill Clinton vor beiden Häusern des Parlaments - der 'Lok Sabha' und der 'Rajya Sabha' - in Delhi. In einer leidenschaftlich vorgetragenen Rede warnte er seine Zuhörer eindringlich vor den Gefahren eines atomaren Wettrüstens und riet zur Mäßigung im Verhalten zu seinem verfeindeten Nachbarn Pakistan. Er appellierte an Indien, mit den USA eine "echte Partnerschaft" einzugehen bei dem Bemühen, die Proliferation nuklearer Waffen einzudämmen. Angesichts der historischen Tatsache, daß damals die Sowjetunion und die USA "bei weitem zu nahe" an die Schwelle eines Nuklearkrieges getreten

Schwelle eines Nuklearkrieges getreten seien, drängte der Amerikaner die indische Union erneut, den Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests - den 'Comprehensive Test Ban Treaty' - CTBT - zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Clintons Parlamentsrede thematisierte auch das jüngste Blutvergießen in Kashmir - die kaltblütige Ermordung von 36 Sikh-Dorfbewohnern durch muslimisch-fundamentalistische Terroristen: Die Gewalttat verdeutlichte noch einmal die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs zwischen Indien und Pakistan.

Nach seiner frenetisch umjubelten Rede machte der US-Präsident der Führerin der größten Oppositionspartei, des 'Congress', Sonia Gandhi, in einem privaten Gespräch seine Aufwartung.

Daran schloß sich eine Reise nach Agra an. Neben dem Besuch des dortigen Marmor-Mausoleums Taj Mahal in Begleitung seiner Tochter Chelsea, hielt Clinton einen Vortrag über Umweltschutz - ein gezielt gewählter Ort, gilt doch die Region im bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat Uttar Pradesh als eine der am gravierendsten von Luftverschmutzung betroffenen Gebiete nicht nur Indiens, sondern ganz Asiens. Der amerikanische Regierungschef rief zum Kampf auf gegen die Ursachen von Klimawandel, gestand allerdings auch ein, die USA und andere Industrieländer hätten als größte Erzeuger von Treibhausgasen eine besondere Verantwortung. Wirksamerer Umweltschutz im Verein mit Wirtschaftswachstum seien möglich, und Indien solle anstreben, beides zu erreichen.

Der Aufenthalt des US-Präsidenten in Indien führte ihn weiter nach Jaipur, der

Metropole Rajasthans, wo er neben politischen Gesprächen - u.a. mit Tourismusministerin Beena Kak - mit seiner Tochter einen Elefantenritt zur alten Rajputen-Festung Amber unternahm.

Dann ging es nach Hyderabad, dem urbanen Zentrum des südindischen Bundesstaates Andhra Pradesh, in dem er ein intensives Gespräch mit Ministerpräsident Chandrababu Naidu führte und sich von diesem die neue "High-Tech-City" in der Landeshauptstadt präsentieren ließ, welche zunehmend dabei ist, Bangalore (der Kapitale Karnatakas) den Rang eines "indischen Silicon Valley" abzulaufen. Im Austausch mit Naidu und Software-Ingenieuren zeigte sich Clinton beeindruckt von dem hohen informationstechnologischen Standard dort.

Die am stärksten kolonial geprägte, westlichste und modernste aller indischen Städte, Mumbai (früher Bombay), war schließlich die letzte Station des Staatsbesuches.

Clintons Visite löste nicht bei allen Indern Freude und Begeisterung aus. Seine Stationen waren begleitet von Protestdemonstrationen, die mit Plakaten wie "Clinton go back" oder "Killer Clinton" ihrer Befürchtung des Ausverkaufs indischer Interessen an die USA und deren Macht- und Profitzielen lautstönenden Ausdruck gaben. In dieses Horn stimmten auch die linken und kommunistischen Parteien und Organisationen ein: die 'CPI-ML', die 'CPI-M', der 'Forward Bloc', die 'Revolutionary Socialist Party', die 'Loktantrik Samajwadi Party' und sogar die sozialdemokratische 'Janata Dal' - seit wenigen Jahren auf Initiative des deutschen SPD-Politikers Rudolf Scharping ein Mitglied der Sozialistischen Internationale - zeigten "Uncle

Sam" die kalte Schulter, indem ihre 'Lok Sabha'-Abgeordneten während der Präsidentenrede im Parlament sämtlich fernblieben. Von NGO-Seite gingen u.a. die Aktivisten der 'Azaadi Bachao Andolan' sowie der 'Bandma Mukti Morcha' Anti-Clinton-Rufe skandierend auf die Straße.

Sie beklagen unisono die vermeintliche Preisgabe des von Delhi seit Nehrus Zeiten langgehegten außenpolitischen Konzepts der Blockfreiheit durch die aktuelle BJP-dominierte Regierung der 'Nationaldemokratischen Allianz' (NDA) und ihre angebliche servile Anlehnung an imperialistische US-Außen- und Außenwirtschaftspolitik, die willenslose Akzeptierung des Amerika begünstigenden Regimes der Welthandelsorganisation WTO sowie die aus ihrer Sicht erfolgte Zwangsintegration Indiens in den globalisierten freien Markt, der den indischen Markt mit amerikanischen und anderen ausländischen Gütern zum ruinösen Nachteil der einheimischen zu überschwemmen drohe.

Sowohl Anhänger der sogenannten 'swadeshi'-Bewegung, die für die Indische Union mehr politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit propagiert, als auch namhafte Publizisten wie Prakash Karat, Autor des wichtigen Nachrichtenmagazins 'Frontline', stimmen ein in diesen anti-amerikanischen Chor: "Die Vajpayee-Regierung hat sich nun offiziell mit den globalen strategischen Interessen der USA verbündet."

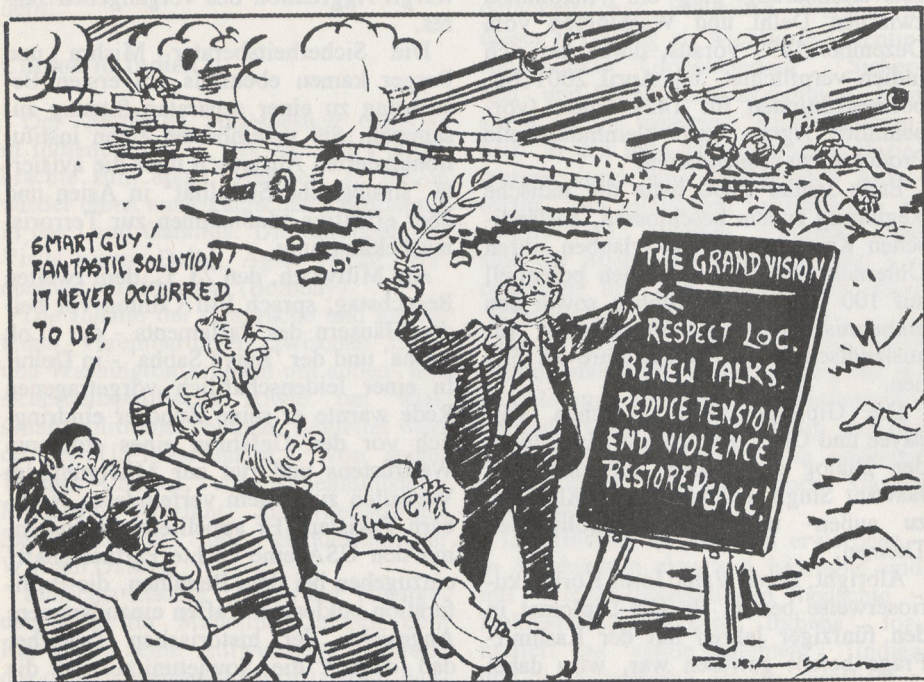
Clinton in Pakistan

Indien war zwar Fokus, aber nicht Schlußpunkt der Südasiens-Tour des amerikanischen Supremo. Dieser nämlich sollte ihn - für vier Stunden - in das islamische Nachbarland Pakistan führen, am Samstag den 25. März.

Der im Oktober 1999 durch einen Putsch an die Macht gekommene Militärdiktator Pervez Musharraf hatte - um den erwarteten hohen Gast wohlwollend zu stimmen - zwei Tage zuvor freie Kommunalwahlen für den Zeitraum Dezember 2000 bis Juli 2001 angekündigt, allerdings ohne politische Parteien dabei zuzulassen. Außerdem versprach er mehr Rechte für Frauen, Arme und Minderheiten.

Das eilig realisierte Besuchsprogramm Clintons und seiner Delegation bestand in einem kurzen Gespräch mit Präsident Rafiq Tarar, einer zweistündigen Unterredung mit General Musharraf und am Abend in einer spektakulären Fernsehansprache an das pakistanische Volk.

Der Mann aus Washington machte dem langjährigen Verbündeten klar, daß die Kashmir-Frage mit Gewalt nicht zu lösen sei und daß der Lahore-Prozess wieder aufgenommen und erfolgreich



Clintons "Empfehlungen" für ein Ende des Kashmir-Konfliktes (aus: 'Times of India')

perpetuiert werden müsse. Darüber hinaus forderte er die Militärmachthaber auf, schnell zur Demokratie zurückzukehren und einen konkreten Zeitpunkt für die Rezivilisierung des politischen Systems zu benennen. Die angekündigten Kommunalwahlen wurden als erster richtiger Schritt in diese Richtung gedeutet.

Bei seiner Fernsehansprache nahm Bill Clinton dann kein Blatt vor den Mund und verzichtete auf diplomatische Wortwahl gegenüber den pakistanischen Potentaten in Uniform: "Es gibt keine militärische Lösung in Kashmir. Dies ist eine Zeit, welche jene Leute, die mit Blut neue Grenzen ziehen wollen, nicht belohnt. Internationale Sympathie, Unterstützung und Intervention können nicht durch einen noch größeren und blutigeren Konflikt gewonnen werden. Die USA werden nicht vermitteln. Für einen erfolgreichen Dialog muß Pakistan die Bedingungen schaffen ... Natürlich kann niemand von außen dem pakistanischen Volk vorschreiben, wie es regiert werden sollte. Das ist allein Ihre Sache, liebe pakistanische Bürger, darüber zu entscheiden und Sie sollen auch die Gelegenheit dazu erhalten."

Ich hoffe und glaube, Sie wollen Pakistan als ein Land, in dem Recht und Gesetz vorherrschen; als ein Land, dessen Repräsentanten seriös und verlässlich sind; als ein Land, wo Menschen ihre Meinung frei und ohne Furcht äußern können ... Wenn Sie diesen Weg beschreiten, werden Ihre Freunde in den Vereinigten Staaten an Ihrer Seite sein ... Ich wünsche mir, Sie werden diese Herausforderungen bestehen. Wenn Sie dabei scheitern, wird Pakistan immer mehr in die Gefahr der Isolation geraten; werden immer mehr lebensnotwendige Ressourcen von den Menschen hier abgezogen, bewegen Sie sich immer mehr auf einen Konflikt zu, den niemand gewinnen kann. Aber wenn Sie die Herausforderungen annehmen und ihnen erfolgreich begegnen, dann wird Ihnen unsere volle ökonomische und politische Partnerschaft zum Wohl des pakistanischen Volkes zuteil werden ... Die Region hier belohnt nicht diejenigen, die - vergeblich - versuchen, Grenzen mit Blut zu verschieben ... Für Indien und Pakistan muß nun eine Zeit der Zurückhaltung anbrechen, des beiderseitigen Respekts für die Demarkationslinie ('Line of Control'-LoC) und der Öffnung neuer bilateraler Kommunikationswege."

General Musharraf zeigte sich in der abendlichen Pressekonferenz demonstrativ "zufrieden" mit dem Ergebnis des Clinton-Besuches, wiewohl er einräumte, die Gespräche hätten keinen Durchbruch im Sinne Pakistans erbracht. In gewohnter Manier stellte er jedwede

staatliche Mitwirkung seines Landes am gewaltsam ausgetragenen Konflikt in Kashmir in Abrede und signalisierte Bereitschaft "seinen Einfluß geltend zu machen, die Aktivitäten der Kämpfer zu mäßigen", vorausgesetzt "Indien beendet seine Greuelthaten".

Musharraf verweigerte die Nennung eines konkreten Zeitplans für die Rückkehr zur Demokratie, betonte allerdings, er wolle "nicht ewig" in der gegenwärtigen Position bleiben. Auch für die von Washington erbetene Arretierung des mutmaßlichen Terroristen Usama bin Laden im benachbarten Afghanistan gab der pakistanische Diktator - entgegen früheren Versprechungen - dem US-Präsidenten keine Zusicherung, ebensowenig für den Beitritt zum Atomteststopp-Abkommen.

Ergebnisse und Konsequenzen der Südasiens-Reise

Welche Ergebnisse substantieller Art lassen sich bilanzieren und welche Wirkungen werden sie zeitigen?

Was Bangladesh betrifft, so bringt der erste Aufenthalt überhaupt eines amerikanischen Präsidenten dort zum Ausdruck, daß das Land im geostrategischen Konzept der USA einen vielleicht beschränkten, aber immerhin nicht gänzlich unbedeutenden Stellenwert zu gewinnen beginnt. Dies ist wohl vor allem seiner geographischen Lage an der südwestlichen Flanke Chinas und seiner Funktion als Scharnier zwischen Süd- und Südostasien geschuldet.

Auch US-Wirtschaftsinteressen spielen eine Rolle: War Bangladesh zu früheren Zeiten von dem damaligen amerikanischen Außenminister Kissinger noch verächtlich als "Abfallkorb" tituliert worden, so locken nun die üppigen Energiereserven die US-Unternehmen, die sich mit deren Exploration, Förderung und Vermarktung reichen Profit erhoffen. Schon jetzt sind die großen Energiekonzerne aus Amerika mit Verve in diesem Feld engagiert. Washington ist hier insbesondere interessiert an der baldigen Entwicklung und Integration eines regionalen Energiemarktes, der Indien, Nepal und eben Bangladesh umfassen soll und den US-Firmen zugute käme. Mit dieser Absicht korrespondiert die Konstituierung eines regionalen Entwicklungsfonds in Dhaka, den die USA mit 50 Millionen Dollar nähren.

Im Hinblick auf den größten Staat in Südasiens, die Indische Union, vollzieht Washington einen profilierten Paradigmenwechsel seiner bisherigen Außenpolitik.

Jahrzehntelang hatte man die Islamische Republik Pakistan als Verbündete auf dem Subkontinent favorisiert. Pakistan war Partner im Kalten Krieg gegen

die Sowjetunion, Mitglied im anti-kommunistischen 'Cento-Pakt' (Central Treaty Organisation) und fungierte lange als Gegengewicht zu einem nach Moskau orientierten Indien. Während des Afghanistan-Krieges unterstützten die USA Islamabad massiv militärisch, wirtschaftlich wie politisch, damit es als Bollwerk gegen den sowjetischen Aggressor bei der Stange blieb.

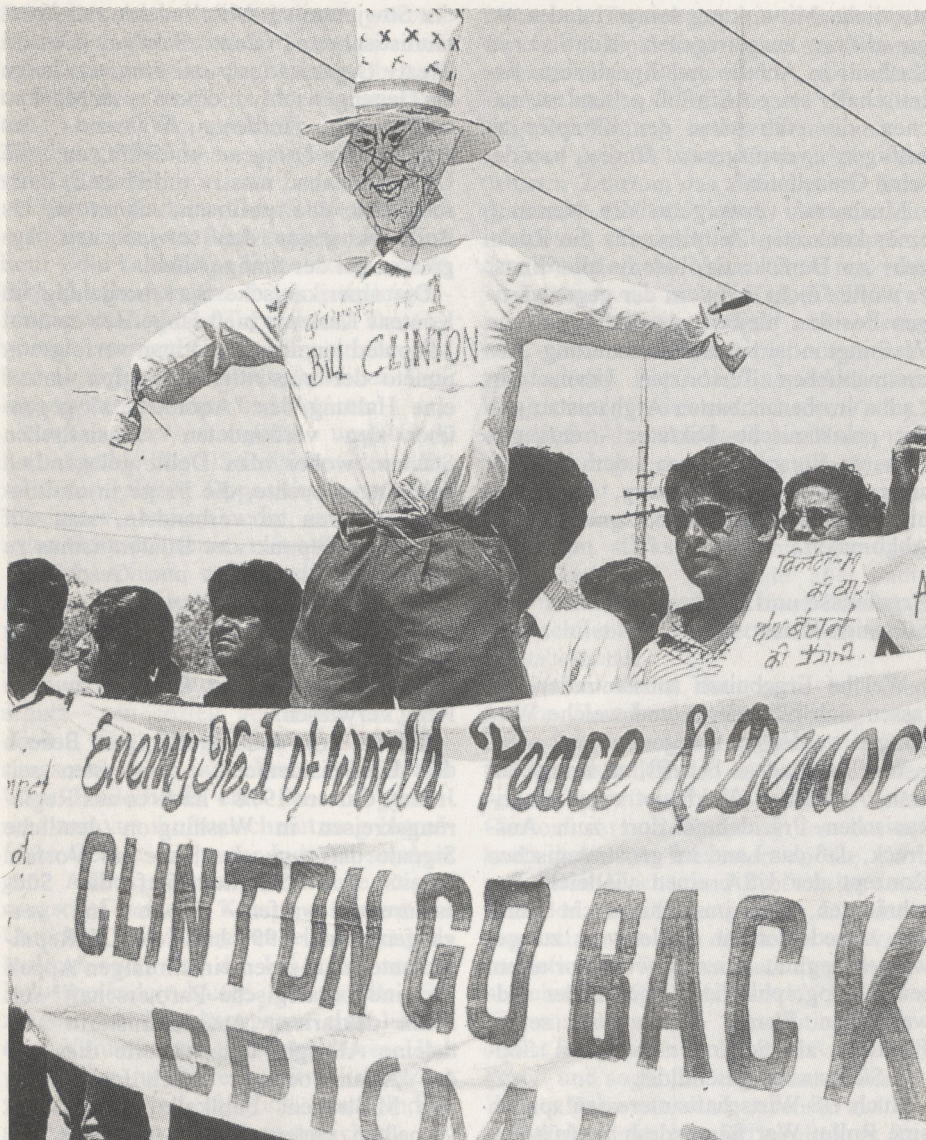
Die amerikanische Sprachregelung im Kontext Kashmir hieß lange Zeit neutral "disputed territory" und man verfolgte in puncto der umstrittenen Region immer eine Haltung der "Äquidistanz" gegenüber den verfeindeten südasiatischen Staaten; wobei man Delhi gelegentlich zu drängen suchte, die Frage in multilateralen Foren zu verhandeln, statt auf seinem Standpunkt des Bilateralismus zu beharren. All das ist nun Geschichte. Die Clinton-Administration realisiert jetzt eine radikale Neuausrichtung ihrer Südasienspolitik zugunsten Indiens. Pakistan wird prononciert auf den zweiten Rang verwiesen.

Bereits vor dem viertägigen Besuch des US-Präsidenten - des ersten seit Jimmy Carters 1978 - hatte es aus Regierungskreisen in Washington deutliche Signale dafür gegeben, die im Vorfeld bereits ihre Schatten auf die Südasiensreise warfen: Schon im vergangenen Jahr 1999 hatte das US-Repräsentantenhaus einen einstimmigen Appell für eine "strategische Partnerschaft" mit Delhi deklariert. Außenministerin Madeleine Albright untermauerte dies vor der 'Asian Society': "Nach Jahrzehnten von Mißtrauen, Fehlkalkulationen und verpaßten Gelegenheiten ist es an der Zeit, zwischen der ältesten (USA) und der größten Demokratie (Indien) eine starke und kooperative strategische Partnerschaft zu beginnen!"

Und am 13. März 2000 unterstützte Albright in einer Parlamentsrede erstmals öffentlich und unzweifelhaft die Position Indiens in Sachen der Legitimität der 'Line of Control' als Grenzlinie in Kashmir: "Nationen dürfen ihre Grenzen oder Besatzungszonen nicht durch Gewalt verändern" - eine evidente Zurückweisung der Verletzungen der LoC durch Pakistan, vor und nach dem gewaltsamen Machterwerb Musharraf.

Flankiert wurde Albright durch Präsident Clinton, der in einem Interview mit dem US-Fernsehsender "ABC", am 18. März 2000, also kurz vor seiner Abreise zum Subkontinent, seine Überzeugung artikuliert: "Innerhalb der pakistanischen Regierung gibt es Elemente, die diejenigen unterstützen, die aktiv an der Gewalt in Kashmir beteiligt sind" - eine schallende Ohrfeige für die aktuellen Regenten in Islamabad.

Auch hatte Strobe Talbott, der umtriebige Unterstaatssekretär im State De-



Sowohl in Indien als auch in Pakistan gab es zahlreiche Proteste gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten (Foto: Rajeev Bhatt)

ger als zehn Gesprächsrunden mit Indiens Außenminister Singh durchgeführt hat, in der 'Washington Post' erklärt: "Ein nukleares Indien ist eine Realität", womit er seine frühere Aussage untermauerte, daß der Aufbau eines atomaren Schirmes aus der Perzeption Delhis durchaus seine Berechtigung habe.

Die Annäherung zwischen Washington und Delhi, wie sie dann während des Staatsbesuchs Clintons in Indien erfolgte, war somit seitens der westlichen Supermacht gut vorbereitet worden und konnte niemanden mehr wirklich überraschen. Überraschend ist jedoch die Vehemenz der Abkehr vorheriger außenpolitischer Strategien und Präferenzen der USA in Südasiens. Die Indische Union - und nicht mehr die Islamische Republik Pakistan - wird nun als primärer Kooperationspartner für Amerika in Südasiens angesehen, mit dem eine nachhaltige "strategische Partnerschaft" sowie eine "qualitativ neue Beziehung" etabliert

werden soll.

Das materialisiert sich augenfällig in dem sogenannten "vision statement", welches in seinen Inhalten als Hauptergebnis der Indien-Reise Clintons gewertet werden muß. Denn darin wird eine "Friedenspartnerschaft" von Delhi und Washington beschworen, das gemeinsame Ziel einer "strategischen Stabilität in Asien", und vor allem wird die Intention eines "institutionalisierten Dialogs" zwischen Indien und USA formuliert; keine reine Absichtserklärung, weil das Dokument verbindlich die Einrichtung diverser gemeinsamer Kommissionen und die Frequenz regelmäßiger indo-amerikanischer Konsultationen zu außen- und sicherheitspolitischen sowie zu wirtschaftspolitischen Themen auf verschiedenen, nicht zuletzt ministeriellen Ebenen festschreibt. In dem Zusammenhang ist auch die Vereinbarung periodischer Gipfeltreffen zwischen den Regierungschefs und den Außenministern beider

Staaten bemerkenswert. Nur den Regierungen Chinas und Japans wurde es bis dato von Washington gewährt, solch regelmäßige Gespräche auf Außenminister-Level zu realisieren.

All dies wird als "umfassende Architektur" bilateraler Instrumente bezeichnet, die die indo-amerikanischen Beziehungen aus der bisherigen "Richtungslosigkeit" führen soll.

Was sind die weiteren Konsequenzen des Staatsbesuchs in Indien?

Zu konstatieren ist, daß beide Seiten Konzessionen an den jeweiligen Partner machten, im Sinne eines "Gebens und Nehmens": Die USA haben in der Kashmir-Frage in frappanter Manier eingeschwenkt auf die Haltung Indiens, die 'Line of Control' als gültige Grenze in Kashmir zu betrachten, was von Pakistan nicht akzeptiert wird. Mit dem öffentlich geäußerten Verdacht, daß "Elemente in der pakistanischen Regierung" Terror und Gewalt in Kashmir unterstützen, und - in Anspielung auf den jüngsten Kargil-Konflikt - pakistanische Kämpfer Grenzverletzungen begangen haben, ergreift Washington nun eindeutig Partei für Delhi, gegen den langjährigen Partner Pakistan. Kongruent damit ist auch die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur Terrorismusbekämpfung.

Auch hat man der Bitte Indiens entsprochen, nicht als Vermittler im Kashmir-Konflikt auftreten zu wollen, da Indien seit je glaubt, auf bilateraler Ebene seine Interessen gegenüber dem kleineren muslimischen Nachbarn besser durchsetzen zu können.

Die "Nuklearisierung" Indiens als notwendige, legitime "minimale Abschreckung" scheint man amerikanischerseits ebenfalls akzeptiert zu haben.

Indien hingegen hat sich in der Nuklearfrage verpflichtet, keine neuen Atomtests mehr zu unternehmen, und es spricht vieles dafür, daß man in nicht allzu ferner Zukunft die Forderung Washingtons erfüllen wird, das Internationale Atomteststoppabkommen - CTBT zu unterzeichnen bzw. zu ratifizieren.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene geht Delhi den Erwartungen der USA ebenso konform: Man suspendiert Importbeschränkungen für fast 1.500 Güter und ebnet damit amerikanischen Waren den Weg auf den begehrten indischen Markt, mit seiner Mittelschicht von beinahe 200 Millionen Menschen. Zudem erhöht man die potentielle Beteiligung an Investitionen bzw. Unternehmensbesitz für ausländische Wirtschaftsakteure in Indien auf maximal 100 Prozent. Bis dato war ausländisches Engagement nur in Gestalt von Joint-Ventures erlaubt, bei

Gestalt von Joint-Ventures erlaubt, bei denen jeweils noch ein beachtlicher indischer Anteil existierte.

Während des Clinton-Besuchs sind Wirtschaftsabkommen in einer Gesamthöhe von 4,4 Milliarden Dollar abgeschlossen worden.

Schließlich wird Indien künftig in Fragen der Welthandelsorganisation WTO an der Seite der USA stehen. Hier hat es verbindliche Zusagen an die Clinton-Administration gegeben.

Die Vajpayee-Regierung verfolgt somit weiterhin den 1991 von Rao/Singh begonnenen Weg der 'New Economic Policy-NEP' - der Deregulierung und Wirtschaftsliberalisierung - und öffnet den indischen Markt zunehmend für ausländische, nicht zuletzt amerikanische, Güter und Investitionen. Damit setzt sich Indien verstärkt und ungeschützt den Effekten einer Weltmarktintegration und der Globalisierungsprozesse aus.

Beide Nehru'schen Grundprinzipien indischer Politik, die lange Gültigkeit besessen haben - das der Blockfreiheit und der Wirtschaftspolitik des "self-sustained growth", des Wirtschaftswachstums aus ausschließlich eigener Kraft, mit einem hohen Anteil an Staatsunternehmen und einem protegierten einheimischen Markt - gehören nun endgültig der Vergangenheit an, trotz der Mahnrufe der Kritiker, einschließlich des Staatspräsidenten Narayanan.

Welche Absichten und Ziele liegen dem neuen außenpolitischen Verhalten der beiden großen Staaten zugrunde?

Indien sucht nach dem Kollaps der UdSSR einen neuen großen Partner in der internationalen Staatenwelt, mit außen- und sicherheitspolitischer, aber auch ökonomischer Motivation.

Delhi hat eine traditionelle Bedrohungsperzeption gegenüber der VR China im Norden und Pakistan im Westen - beide Nuklearmächte, die ihre atomaren Waffensysteme in Richtung Indien loziert haben. Eine strategische Partnerschaft mit den USA, mit der Intention eine "strategische Stabilität in Asien"(!) zu erreichen, kann für Indien das Gefühl des Bedrohtheits mindern und die eigene Sicherheitssituation, durch einen starken westlichen Partner im Rücken, faktisch verbessern. Damit eröffnet sich für Delhi mehr Freiraum für außenpolitisches Agieren auf dem Kontinent sowie Chancen, die politischen und militärischen Hegemonialbestrebungen Pekings in Asien zugunsten Indiens potentiell eindämmen.

Die gewonnene Solidarität Washingtons in der Kashmir-Frage verschafft Delhi im aktuellen Konflikt eine gestärkte Legitimität, die eigenen Interes-

sen gegenüber dem islamischen Erzfeind durchzusetzen, sowohl bilateral als auch in internationalen Gremien. Die de facto-Anerkennung der LoC durch die Clinton-Regierung ist hier ein wichtiges Moment. Die neue starke außenpolitische Beachtung, die das größte Land Südasiens durch die USA erfährt und die durch die Institutionalisierung von Gipfeltreffen, gemeinsamen Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Kommissionen mittel- bis langfristig angelegt scheint, gibt Indien ein neues Selbstbewusstsein und stützt es in seiner Selbstwahrnehmung, entsprechend der Größe seines Staatsgebietes, seiner Eine-Milliarde-Bevölkerung sowie seiner ökonomischen und militärischen Potentiale die dominierende Nation in Südasiens zu sein.

Auch auf ökonomischer Ebene erhofft sich Delhi Vorteile aus der neuen Liaison. Da die Wirtschaftspolitik der Liberalisierung und Modernisierung fortgesetzt werden soll, ist man angewiesen auf ausländische Investitionen, moderne Technologien und Know How aus dem Ausland. Die Vajpayee-Administration ist sich bewusst, daß sie im Zeitalter der Globalisierung sich wirtschaftspolitisch nicht mehr so abschotten kann wie zu Zeiten Nehrus und sich öffnen muß für ausländische Waren und Investitionen, will man selbst einmal in nicht zu ferner Zukunft ein "global player" werden.

Die Vereinigten Staaten ihrerseits lassen sich bei dem Paradigmenwechsel in ihrer Südasienspolitik von folgenden Antriebsfaktoren leiten: Der jahrzehntelange Verbündete in der Region, Pakistan, ist politisch wie ökonomisch geschwächt und hat sich für Washington diskreditiert. Als weltweiter Verfechter von Demokratie und Menschenrechten kann man Militärherrschern wie Musharraf nicht tolerieren oder gar mit ihnen kooperieren. Der wachsende islamische Fundamentalismus und die von pakistanischer Seite betriebene Austragung des Kashmir-Konflikts unter dem Etikett "Jihad" hat die Amerikaner aufgeschreckt und zu einer nachhaltigen Kurskorrektur veranlaßt. Islamabad wurde in Washington als Aggressor in der Kargil-Krise ausgemacht und eine direkte Unterstützung des dann folgenden Terrors in Kashmir durch pakistanische Regierungskreise unterstellt. Die überraschende TV-Ansprache an das pakistanische Volk kam denn auch quasi einem Aufruf zum Sturz des Militärregimes gleich.

Washington nimmt - in Umkehrung seines früheren Agierens - inzwischen eine Anti-Taliban-Haltung ein, womit nun Pakistan als Verbündeter der USA in ihrer Afghanistan-Politik seiner Funktion verlustig gegangen ist. Wollte man früher, im Angesicht der sowjetischen

Aggression, die anti-kommunistischen Kräfte in Kabul stärken, macht man nun den islamischen Fundamentalismus als eine Hauptbedrohung der internationalen Staatenwelt aus, als deren Schutzmacht sich Amerika betrachtet.

Da zudem die pakistanische Wirtschaft am Boden liegt, kann Islamabad auch die ökonomischen Interessen Washingtons auf dem Subkontinent nicht mehr bedienen.

Indien hingegen besitzt einen großen und expandierenden Markt, eine wachsende Mittelschicht von heute rund 200 Millionen Menschen - beinahe die Einwohnerzahl der gesamten Vereinigten Staaten - alle potentielle Käufer amerikanischer Produkte. Indische Spezialisten der Informationstechnologie besetzen in den USA wichtige Schlüsselpositionen im Dienstleistungssektor und amerikanische Unternehmen kooperieren eng mit indischen High-Tech-Zentren in Mumbai, Bangalore oder Hyderabad.

Die USA wollen sich künftig im Energiesektor - u.a. Erdgas - in der Region engagieren.

Mit Delhi hat man jetzt darüberhinaus aus einem ehemaligen Opponenten einen nicht unwichtigen Partner im Hinblick auf die eigenen WTO-Ambitionen gewonnen.

Gegenüber der VR China, die im asiatisch-pazifischen Raum politisch, militärisch wie wirtschaftlich in zunehmendem Maße Hegemonialansprüche anmeldet und sich zu einer künftigen globalen Großmacht zu entwickeln trachtet, will Washington durch die "strategische Partnerschaft" mit Indien ein relevantes Gegengewicht auf dem asiatischen Kontinent schaffen, um nicht zuletzt leichter seine eigenen Interessen dort verwirklichen zu können.

Der außenpolitische Paradigmenwechsel, den die Südasiens-Reise von US-Präsident Clinton eingeläutet hat, bedient somit eine vielfältig strukturierte Interessenkonvergenz Indiens und der USA, sicherheitspolitischer, strategischer, macht- und außenpolitischer sowie ökonomischer Art. Er wird die Machtgewichte in Asien und auf dem Subkontinent nachhaltig zugunsten Delhis verändern, und Amerika besitzt einen neuen potenten Junior-Partner in der Region, der mit seiner demokratischen Verfaßtheit und seiner künftigen wirtschaftlichen Bedeutung verspricht, verlässlicher und erfolgreicher zu beidseitigem Nutzen zu sein, als das geschwächte Pakistan, mit seinem politischen Chaos, seiner ökonomischen Marginalität und seinen zunehmenden islamisch-fundamentalistischen Tendenzen.